

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf., Durch den Postweg 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 5,10 Mk. für den Monat. Postfach Nr. 23 833, Leipzig, Postfach Nr. 23 833, Leipzig, Postfach Nr. 23 833, Leipzig.

Sonntag, den 15. Mai 1921

Abdruckpreis: Die 8-seitige Beilage oder deren Raum 0,40 Mk., einzelne 0,30 Mk. Extra- und Wohnungsverträge, Familiennachrichten, Verträge und Verdingungsverträge 0,40 Mk. Reklame: Die 8-seitige Beilage, 3 Spalten oder deren Raum im Satz 1,- Mk.

Oberschlesische Kriegsrüstungen

Schlesien Etappengebiet. — Aufstellung von Orgeformationen. — Sämtliche schlesische Städte von Reichswehr und Schupo überfüllt

Sämtliche Grenzstädte an der polnischen Front sind mit deutschem Militär überfüllt. Im Glatz, Münsterberg, Reife und Neustadt sind außerordentlich starke Zusammenziehungen von Reichswehr festzustellen. Teils sind die Truppen legal gekommen, zu einem anderen großen Teile aber in Schupouniform verkleidet. Sämtliche aus dem Reich kommende zu diesen Orten führende Personen- und D-Züge sind, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, überfüllt von ehemaligen Offizieren und Mannschaften, die in Zügel diesen Konzentrationen zustreben. Ohne jegliche Vorfrist — sie fühlen sich durchaus sicher — sprechen sie von der Aufstellung militärischer Formationen, Divisionen und Brigaden, gegen Polen. Auf den Bahnhöfen große Feiern, Kriegsbegeisterung wie 1914. Sämtliche Straßen sind überfüllt mit großen Transporten von „Schupo“ und Reichswehrformationen, die mit großer Baggage, Last- und Personautos, Bierden, Wagenparks und sämtlichem sonstigen Kriegsmaterial an die polnische Front gehen.

Auf allen größeren Bahnhöfen im gesamten Etappengebiet sind in auffälliger Weise große Mengen von Plattenwagen, die zum Transport von Baggage und Geschützen dienen, festzustellen. In fast allen Orten und Ortschaften werden offene Anwerbungen für Freikorps und bürgerliche Orgeformationen vorgenommen. In Breslau wird ganz inoffiziell ohne jede Zurückhaltung öffentlich auf den Postzweigen durch die Beamten jeder zureichende kriegsfähige und „zuverlässige“ Deutsche aufgefordert, in die Freikorps einzutreten, die gegen die polnischen Arbeiter kämpfen sollen.

Sämtliche Pöge auch in Mittel- und Niederschlesien sind überfüllt, wie übereinstimmend berichtet wird, überfüllt. Dabei fehlen die gewöhnlichen Reisenden gänzlich. Es hat durchaus den Anschein als ob in Schlesien einheimisch sämtliche wehrfähige Männer der Bürgerschaft durch die staatlichen Behörden und die Orgeformationen gezwungen werden. Die Hotels in allen Orten Mitteldeutschlands sind überfüllt, und zwar nicht etwa durch Zureisende vor ober-schlesischen Militärstellen. Sondern es konnte genau festgestellt werden, daß die „Wäste“ zum überwiegenden Teil aus Mitteldeutschland zureisend sind.

Nicht nur die Orte an der Abstimmungszone, sondern auch sämtliche größere Städte des übrigen Schlesiens sind mit Truppen stark besetzt. Speziell in der Umgebung des Ortes Pombrau, Borsig-Ostern konnte festgestellt werden, daß auch Militärformationen in größerer Anzahl mit der Waffe bewehrt sind. Personalaus dieser Leute erfolgt, in ihren Quartieren und Hotels auf fremde Rechnung und vollständig einheimisch. Durch Gespräch konnte festgestellt werden, daß diese Leute

Sämtlich der Orgeform und anderen bewaffneten Organisationen des reaktionären Bürgertums angehören.

In Oelsau und fast allen anderen Orten findet eine reichliche Bekämpfung der Reisenden durch die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie statt. Wer verdächtig als „Pöge“, d. h. als Arbeiter erscheint, und sich nicht genügend ausweisen kann, wird mißhandelt und festgesetzt. Auch schon auf dem Bahnhof in Breslau finden etwa alle drei Stunden überaus viele Abhörerinnen und Kontrollen des Hauptbahnhofs statt. Auch hieran ist alles in großen Massen, wenn auch teilweise noch unheimlich, bestialisch.

Es ist kein Geheimnis, daß man überall in Mitteldeutschland die Besondere-Maßnahmen anordnet hat. Von immer Hand sind militärische Maßnahmen überaus parabolisiert worden, um im gegebenen Fall an die Bekämpfung und Ausschaltung von unheimlichen Feinden gehen zu können. Persönlich habe ich in Weife und insbesondere nicht zu übersehende große Menge von Schupo- und Freikorpsformationen gesehen. Die meisten haben eine Anzahl von Besondere-Maßnahmen zum militärischen Zweck unter freier Himmel Speisung in Weife sind für fünf bis sechs Stunden militärisches Verpflegung 105 Stunden. Politische Korrespondenz-Mitteilungen sind in großen Mengen, mit Nachdruck und ohne Rücksicht unter freier Himmel angesetzt, da anscheinend alle verdeckten Bekämpfungsmittel ausgeschöpft sind.

Im „Abstimmungsgebiet“ ist das Bild so ziemlich dasselbe. Mars regiert die Stunde. Nur hier wagt die Reichswehr noch nicht in ihrer richtigen Uniform aufzutreten. Dafür ist an allen Orten, die noch im Besitz der „Deutschen“ sind, die „Apo“ außerordentlich verstärkt. Reichswehr hat festgestelltermaßen bereits in zahlreichen Gefechten aktiv teilgenommen. Die Truppen werden unterstützt durch zahlreiche Bürgerorganisationen, speziell im Kreise Oppeln. Es wird von diesen Organisationen „Bahndienst“ und „Sturzhut“ durch Patrouillen in Waffen getan. Es hat auch durchaus den Anschein, als ob die gesamten „deutschen“ Organisationen bereits seit Monaten fertig und bis aufs kleinste vorbereitet sind. Es macht den Eindruck, als ob hier der deutsche Generallstab an der Arbeit war. In Leobisch sind nämlich Appelle der Orgeform, die große Massendepots in ihrem Besitz hat. In ganz Schlesien ist diese Organisation sehr stark an Zahl und bewaffnet.

Die meisten Truppen, die hier sind, sind erst vor kurzem hierher transportiert worden. Sie kommen direkt aus Mitteldeutschland, sind an das Morden von Arbeitern gewöhnt und also „Kriegserfahren“ im Sinne der deutschen Bourgeoisie. Sie werden mit Liebesgaben von den Junkern und Großgrundbesitzern aeradert überhäuft. Das Bürgertum weiß, daß es seine Söldner bei gutem Mut erhalten muß.

Auch in Gleiwitz konnte ich starke Orgeformationen feststellen.

Wie stark die Truppentransporte sind, kennzeichnet, daß allein auf der Fahrt nach Oelsau, mit vier Transporten Reichswehr in 50 polnischen Güterwagen auf der Fahrt an die polnische Front, bezeugt sind. Aber nicht nur Infanterie wird für den polnischen Krieg bereitgestellt, sämtliche Formationen sind verteilten besonders auch weiß das Anhäufen von Kavallerie darauf hin, daß man sich durchaus nicht auf den Defensivkampf beschränken will. Besonders stark sind Ulanen-, Kürassier- und Jägerformationen zu Pferde zu beobachten.

Die zuverlässigen Truppen der Bourgeoisie sind an der polnischen Grenze verammelt, um den Krieg gegen die polnischen Arbeiter und die von ihnen gewählten Arbeiterräte zu führen. Dort sind auch die Streiktruppen der Reaktion, die Sechskolonnen von Scherardi und Löhnerfeld aufgestellt, bereit ihr Werk aus den Wärdern des Kampfes fortzusetzen.

Wie damals prangt ihnen das Hakenkreuz auf den Stahlhelmen.

Schon bevor die Arbeiter Mittel- und Niederschlesiens, was die Stunde anbelangt, hat, es ist bereits in mehreren Orten, wie Weife und Oppeln, zwischen organisierten Verbänden aller Parteien und Ortschaften insoweit der offenen Verbänden, und während der Arbeitszeit, zu tätigen und bewaffneten Zusammenkünften gekommen. In ganz Schlesien hat sich der Arbeiterkampf eine große Bewegung bemächtigt. Bis weit in die Kreise der Arbeiter der SPD, hinein wagt der Unmut und der feile Wille der Orgeformationen der Bourgeoisie nicht länger zu halten. Die Betriebsfunktionäre der SPD in Breslau haben sich bereit erklärt, im gegebenen Fall zum Generallstreik aufzufordern. Man kann es deutlich sehen, daß auch der einseitige, parteiliche Arbeiter in Schlesien einmütig bestimt, daß der Kampf der polnischen Arbeiter zusammen mit ihren deutschen Kollegen gegen die bewaffneten Ausschreitungen und Inzert sein eigener Kampf ist, und es macht in ihm der Wille, den Kampf mit der Bourgeoisie aufnehmen und auch im eigenen Lande das Bürgertum niederzuschlagen.

Darum heißt es:

Kein Gewehr und keinen Raum gegen Oberschlesien!

Wirkung aller Truppen und weikordistischer Truppen gegen Oberschlesien!

Scharfste Zuchtungs proletarischer Kampforganisationen zur Unschädlichmachung der putzenden Orgeformationen!

Arbeitsgemeinschaft auf jeden Fall

Soviet steht fest, das Reichskabinett wird sein letztes Gesicht nicht behalten. Die Koalition wird vorbereitet werden. Die vordersten im Rennen sind Stresemann und die Selnen. Ihnen werden vom Zentrum und den Demokraten goldene Brücken gebaut und selbst die sozialdemokratische Schöne sagte gestern nicht nein. Die Berliner Funktionärerversammlung der SPD, ließ sich allerdings nicht so glatt wie sonst einleiten und nahm gegen den Willen des Referenten eine Resolution gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei an. Aus dem bürgerlichen Lager dagegen erhält die Sozialdemokratie verbe ermunternde Puffe. „Wir unterzeichnen, aber ihr müßt erfüllen“, dies bezeichnet der Leitartikel der „Post“ als das Motto der Sozialdemokratie. Die „Post“ vermißt den „Appell an die Arbeiter, das äußerste aus ihrer Arbeitskraft herauszuholen.“ Sie ruft: „Wo bleibt die Fufage, daß mit dem schematischen Notstandstag gebrochen werden muß, wenn unsere Wirtschaft die Mehrleistungen herbeiholen soll, die von ihr gefordert werden.“ Das ist der Preis den die Sozialdemokratie für das Wohlwollen der kapitalistischen Scharfmacher zu zahlen haben wird. Diese Notwendigkeit bestätigt der Sozialdemokratie ihr eigener Parteigenosse Paul Lenz, wenn er sagt, daß bei der jetzigen Mitarbeit der SPD, am Aufbau des Kapitalismus „die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse erst in zweiter Linie“ kommen.

Scharf umrissen formuliert nicht nur Herr Stresemann, sondern auch der von der Deutschen Volkspartei vorgeschobene Reichsbürgerrat die Forderung der Unternehmer an die Adresse des Reichskabinetts und damit an die Sozialdemokratie. Sie lautet: „Ausbau der Arbeitsgemeinschaft“. Der Reichsbürgerrat hat am 11. Mai an die Reichsregierung eine Adresse gerichtet, in der es heißt:

„Daß eine Grundlage zur Verständigung mit der Entente nur dann zu finden ist, wenn das deutsche Volk unter Hebung und unter aller parteipolitischen Gesichtspunkte in gemeinsamer Arbeit trotz allem den Aufbau der Wirtschaft vertritt. Voraussetzung dafür ist, daß einmal die Führer der deutschen Wirtschaftselbstens sich der heute ins Unermessliche gewachsenen Verantwortung gegenüber dem Volksanwen nicht entziehen und daß andererseits nicht wieder versucht wird, die auf Grund unserer wirtschaftlichen Bindung an die Entente notwendige Reorganisation des wirtschaftlichen Lebens nach marxistischen Gesichtspunkten durchzuführen.“

Des weitern erklärt der Reichsbürgerrat scheinheilig, daß die Ra-Sauer größtenteils gar nicht imstande seien, die „soziale Belastung“ infolge der Durchführung des Ultimatus zu tragen. Seine Merkblätter des sozialen Fortschritts“ könnten die gefestigten Aufgaben nicht lösen, d. h. mit anderen Worten, das Unternehmertum, wenn es auch aus politischen Gründen zu den Notstandsgesetzen gehörte, denkt nicht daran, sich die wirtschaftliche Führung aus der Hand nehmen zu lassen. Stresemann und die Selnen müssen ihren Anspruch auf Eintritt in das „Kabinett der Erfüllung“ an.

Ihnen gibt nicht nur das Zentrum Unterstützung, auch die Demokraten helfen den Sozialisten. Die demokratische Reichsfinanzverwaltung war sich in ihrer letzten Sitzung darüber einig, daß es unumgänglich notwendig sei, zur Durchführung der jetzt zu stehenden Aufträge die zur Durchführung gebräuchlich hergestellten und schon ohne Rücksichtnahme auf ihre liberale Ziele Einnahme zur Frage des Ultimatus selbst und unter besonderer Anteilnahme der Kreise der Wirtschaftselbstens, heranzuziehen und nach diesen Gesichtspunkten die Ergänzung und Ausgestaltung des Reichsministeriums vorzunehmen.“ Diese Beschlüsse sind die demokratischen Reichsfinanzverwaltung hat sich nicht ohne Konzession an die demokratischen Kollegen in Weife, die man mancher ihrer Maßnahmen anerkennen muß, die Forderung der demokratischen Reichsfinanzverwaltung zur liberale Einmütigkeit wieder vorführen möchte.

Die Sozialdemokratie die eine rein sozialistische Reorganisation herbeiführen möchte, hat sich schon so festgesetzt, daß ihr der Rücken aus der polnischen Wirtschaft immer schwerer fallen dürfte. In letzter Stunde wagt noch Herr Reichsminister in der „Freiheit“ vom Freitag morgen den Versuch, dem Reichskabinett in seiner letzten Form „eine Art von maßvollerer Kontrolle der Wirtschaftselbstens“ anzubieten. Er gibt sich Mühe zu beweisen, daß auch außerhalb der deutschen Volkspartei Männer zu finden seien, die „etwas von der wirtschaftlichen Verantwortung wissen“ und überdies den unheimlichen Vorzug besitzen, „die ökonomischen Erfordernisse nicht unter dem Gesichtswinkel des archaischen Profiten zu betrachten.“ Er beschwört die SPD, zu bedenken, daß sie im Falle einer Verbindung mit der Volkspartei mit der schärfsten Gegnerschaft der USQ, zu rechnen habe.

Es hat den Anschein, als ob Herr Reichsminister mit seiner Heranziehung zu spät kommt. Das Programm des kommenden Reichskabinetts lautet: Arbeitsgemeinschaft und die SPD, hat nur die Wahl, ob sie in der Reorganisation oder außerhalb der Regierung am kapitalistischen Aufbauversuch sich die Finger verbrennen will.

Doch Waffenstillstand zwischen Polen und So Rand?

E.E. Paris, 13. Mai.
Trotz der Demotiv der Interalliierten Kommission hat ein Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen werden sei, erklärte heute das „Welt Journal“, daß die interalliierte Kommission gestern einen Waffenstillstand und eine Demarkationslinie zwischen Deutschland und Polen abzuschließen habe. Diese soll notwendig nur provisorisch sein aber die Polen nehmen an, daß diese die endgültige Grenze Schlesiens sein werde.

Beendigung des Streiks in Oppeln

(B. L. R.) Oppeln, 12. Mai.
Während des Verlaufes der zwelfständigen Verhandlungen der Vertreter aller deutschen Parteien mit der Interalliierten Kommission hat General Le Rond nochmals versichert, daß keinerlei Verhandlungen mit den polnischen Interalliierten Statuten hätten. Es hätte sich höchstens um direkte Beziehungen zum Schutze der deutschen Bedürfnisse und des deutschen Eigentums handeln können. General Le Rond versicherte auch erneut, daß er Truppenverhältnisse anfordert habe. Auch ihm sei es am liebsten, wenn englische und italienische Truppen entsandt würden. Obwohl die Erklärung General Le Rond nicht in allen Punkten befriedigte, glaubten die Führer der deutschen Parteien doch, von einer Fortführung des Generallstreiks Abstand nehmen zu lassen. Demgemäß wurde die Arbeit um 7 Uhr abends wieder voll aufgenommen.

Die Lage in Oberschlesien

Entlaeren polnischen Pressemeldungen haben Grenzschutz und Rand und die anstehenden Kreise des Reiches Polen, Sera und Oppeln hier durch eine in vollem Einklang mit den interalliierten Behörden geschaffene Organisation gehalten werden können.

In der Stadt Anstamm hat sich eine polnische Arbeiterbewegung gebildet, die mit Bemühungen bewaffnet die Polnisation zu verhindern. Der Verkehr über die Grenzbrücke nach Polen ist frei für Leute, die mit einem polnischen Passierschein versehen sind. Verkehr wurde durch den polnischen Konsumverein an die polnische Bevölkerung Brot und Schmalz verkauft.

Die Lage in Weife, Königsbrunn, Entwick, Wierka und Groß-Schlicht ist nicht verändert. Die Schierei hat abgenommen, teils ganz aufgehört. Die Städte sind nach wie vor ein eingeschlossen. Königsbrunn ist in der Hand der Aufständischen.

In der Stadt Gleiwitz keine Veränderung. Die Stadt Polenkretsch ist von der polnischen Nacht von Aufständischen besetzt worden, trotz der wiederholten Versicherungen des Kreiskontrolleurs, daß die Stadt frei bleiben würde.

Gießener Studenten für Oberschlesien

Uns wird gemeldet:
Über 200 Mann Gießener Studenten sind am 9. Mai in Friedberg bei Gießen eingetroffen und nach Oberschlesien abtransportiert worden. Sie sind sämtlich Mitglieder des Jungdeutschen Ordens.

Die Sanktionen und die Proletarierinnen

Alle Welt spricht heute von Sanktionen. Was ist das, die „Sanktionen“? Warum regen sie die Leute so auf? Was hat man von ihnen zu erwarten?

Die Sanktionen sind Strafmaßnahmen der siegreichen Entente, die sie anwendet, um die Schuldigen einzutreiben, die die deutsche Bourgeoisie in Versailles mit der Unterschrift unter den Friedensvertrag übernommen hat. Aber wie kommen diese Schuldigen zustande? Die Entente hat doch den Frieden geschlossen unter der Rolle „Ohne Annexionen und ohne Kontributionen“, d. h. ohne Länderraub und ohne Kriegskosten? Nun, die Entente nennt die Befehung von deutschem Gebiet nicht Annexionen, sondern teils Befreiung (Elsass-Lothringen), teils zeitweise Befehung (Saargebiet, linkes Rheinufer), teils eben Sanktionen (Ruhrgebiet), und die Schuldigen, die die deutsche Regierung zahlen soll, sind, sagt die Entente, nicht Kriegskosten, sondern Wiedergutmachung dessen, was sie während des Krieges zerstört hat. Die Namen sind also gewählt, und jetzt kommen wir zum Kern der Sache.

Die Entente braucht diese Kosten. Die deutsche Bourgeoisie kann sie nicht zahlen und will sie nicht zahlen. Die Entente will und muß also die deutsche Bourgeoisie zum Zahlen zwingen; sie befehlt neue Gebiete, namentlich die wichtigsten Industriegebiete (Ruhrgebiet, vielleicht auch Oberschlesien), sie nimmt sich „Pfländer“, z. B. die Zölle, bestimmte Steuern, Abgaben, Eisenbahnen, Industrieunternehmungen.

Was kann die deutsche Bourgeoisie da tun? Sie kann erstens versuchen, sich mit Kriegsmitteln zu wehren. Aber so dumm ist sie nicht; sie weiß, daß dabei für sie nichts herauskommt. Sie macht Gegenanschläge. Sie geht auf die Forderungen der Entente ein; sie will blicken.

Aber wo nimmt sie das Geld her? Sie beteuert doch, daß sie nicht so viel hat? Und sie hat doch bestimmt nicht 200 Milliarden Mark (d. h. 200 mal tausend Millionen Mark, wobei schon eine Million ist; tausend mal tausend Mark!).

Nun, sie quetscht die Summen aus dem Proletariat heraus. Was heißt das?

Sehr einfach! Die drückt die Löhne herunter, erhöht die Arbeitszeit, erhöht die Preise für alle Massenartikel, die jeder braucht (Brot, Kleidung), sie erhöht die Steuern, besteuert alles bis auf die Luft, sie legt die Betriebe still, die sich nicht „rentieren“, kurz, sie versucht, ihre eigenen Profite zu erhöhen, daß sie an ihre Gläubiger ihre Schulden zahlen kann, ohne in ihren Lebensgewohnheiten gestört zu werden.

Aber was bedeutet das für das Proletariat, was bedeutet das insbesondere für die proletarische Frau?

Das bedeutet den allmählichen Tod des deutschen Proletariats; all das Elend, das schon da ist, muß uns ungeheuer wachsen. Inhabersforderung wird die Wohnmasse, die Säuglingssterblichkeit steigen, werden die Seuchen sich verbreiten.

Was hat also das Proletariat zu tun?

Die Bürgerlichen sagen, zu arbeiten und zu weinen, weil Wilhelm mit der harten Faust sein Volk nicht mehr schlägt.

Die SPD und USF sagt: unterschleut, alle Lasten auf sich zu nehmen und darauf hoffen, daß noch einmal „Gerechtigkeit“ in die Welt kommen wird, oder aber, daß uns allmählich schon die Proletarier in den anderen Ländern helfen werden.

Die Kommunisten sagen: Die Bourgeoisie zum Teufel jagen und fesseln die Geißel des Reiches in die Hand nehmen.

Aber, so werden sich Frauen fragen, aber! Das ist doch Lächerlichkeit! Aber, so werden sie sagen, die Entente wird doch von uns das Beste verlangen!

Richtig! Aber der Wille der Bourgeoisie ist der Wille des Härten Verderbens. Und nun fragen wir die proletarische Frau: was ist „besser“ für das Proletariat, in jedem abzuwarten an Seuchen, Hunger, Beklemmung, oder aber in den Kampf zu gehen, wo natürlich auch viele Männer und Söhne von Proletarierinnen zugrunde gehen werden, wo aber die ganze Klasse gerettet wird? Denn das proletarische Deutschland schließt sich dann militärisch mit Sowjetrußland zusammen und kann sich wenigstens über Wasser halten — während es, für es sich seiner Bourgeoisie, zum Tode verurteilt ist.

Und dann freilich wird dieäterrepublik Deutschland die Lasten auf sich nehmen. Aber nur dann und nur solange, als die Proletarier der Entente sich nicht rühnen. Genau so wie die russischen Proletarier die Bedingungen von Brest tragen mußten, bis die deutschen Arbeiter 1918 loskämpften.

Das Ententeproletariat wird einem proletarischen Deutschland gegenüber nicht untätig zusehen. Revolutionen können an, halten nicht vor Landesgrenzen.

Die Proletarierin muß nun in diesem Falle für Bürgerliche sein, für den Star, der Bourgeoisie. Denn langsame Verbrechen ist katastrophaler, als kurzer Befreiungskampf, der die einzige Rettung sein kann.

Politische Uebersicht

Russische Monarchistenverschwörung in der Ebertrepublik

Der Hauptling der russischen Schwarzen Hundert in Berlin

Durch einen Zufall erfährt die Öffentlichkeit von der Tatsache, daß der Archimandrit Tichon, der berühmteste Mystiker aus der zaristischen Schreckenszeit, der Anführer der Schwarzen Hundert, sich in Berlin aufhält. Die „Deutsche Tageszeitung“ erhielt folgende Zuschrift:

Gestatten Sie einer Gruppe von Nation, welche in der letzten russischen Kirche (Kloster den Orden S) Höre immer die Predigt und Schatzung haben, durch Ihre geliebte Zeitung öffentlichen Protest einzulegen gegen folgendes Faktum. Der erst vor kurzem hier eingetroffene Archimandrit Tichon hat von der Kaiserin ein förmliches Mandat und Instruktionen über die den im Auslande beherrschenden Russen zugehörigen Tränkungen und Kalkulationen erhalten. In diesem Mandate steht, er müsse mit, daß diese allgemein gehaltenen Instruktionen und Klagen in einem Lande, in welchem wir nicht nur hochwürdige Geistlichkeit genießen, sehr im Gegensatz zu anderen Ländern (wir sprechen aus Erfahrung) nicht nur taktlos, sondern auch im höchsten Grade ungerecht und unehrlich sind; wir verlangen augenblicklich politische Forderungen, für die in der Kirche kein Platz sein darf.

Wenngleich der Archimandrit Tichon der bekannten Markowpartei und Schwarzen Hundert angehört, welche in Rußland immer die Nationalität betreiben hat, sollte er doch bedenken, daß die Gemeindeglieder der russischen Kirche in Berlin nicht kleiner Semiovitzen sind, und Berlin nicht Agram ist. Eine Gruppe der Gemeindeglieder der russischen Kirche in Berlin.

Das deutsche Monarchistenblatt veröffentlicht diese Zuschrift, weil es die Nationalitäten- und Massenhege Tichons im Augenblick nicht gerne sieht, weil die deutschgermanischen Monarchisten sich eine Ehre aus der Gostfreundlichkeit gegen ihre zaristisch-slavischen Bestimmungsfreunde machen. Während Weismann Schergen gegen die heimatischen und obdachlosen Proletarier und verunglückten Kleinbürger aus Rußland und den Randstaaten Jagd machen und sie in Konzentrationslager sperren, müssen sich die monarchistischen Schmarotzer aus Rußland in stets größer werdenden Kolonien in Deutschland und besonders in Berlin. Und keine Behörde der Ebertrepublik hat je einem dieser Hege, die in Deutschland ihre hochverräterischen Verschwörungen ausbrüten, ein Haar gekrümmt. Der Putschist Tichon weilt unbehelligt in Berlin.

Russischer Monarchistenkongreß in Bayern

„Moros Mir“ meldet: Infolge der neuen Verhältnisse, die zwischen Rußland und Deutschland im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Handelsabkommens geschaffen sind, wird der 1. Juni in Berlin einberufene Kongreß der russischen Monarchisten nach einem anderen Ort verlegt. Der Rat der Monarchistenvereinigung führt dem „Kuhl“ zufolge Verhandlungen darüber mit der Vertretung Bayerns.

Es ist schon ein Skandal, daß unter den Augen der republikanischen deutschen Behörden die russischen Monarchisten — wie man weiß, in enger Fühlung mit den deutschen Monarchisten — ihre hochverräterischen Komplotte abhalten, so bedeutet in diesem besonderen Falle die Verlegung des Monarchistenkongresses nach Bayern eine freche Verhöhnung der politischen Handlungen der deutschen Regierung. Das monarchistische russische Geschmeiß in Deutschland kann es wagen, gestützt auf seine bayerischen Hintermänner, gegen das deutsch-russische Handelsabkommen offen zu rebellieren. Nur eine Regierung, die keinen Funken von politischem Ehrgefühl besitzt, die sich nur als Handlanger und Schrittmacher eines kommenden hochverräterischen, monarchistischen Umsturzes betrachtet, kann eine solche Schmähung im eigenen Lande ungestraft geschehen lassen. Die deutsche Arbeiterklasse muß zu der Erkenntnis kommen, daß eine solche Regierung verdient, zum Teufel gejagt zu werden.

Die Programmklärung der Programmlosen

Entgegen den kommunistisch-unabhängigen Anträgen hat die Regierung Wirth ihre Programmklärung dank der Sabotage der SPD im Reichstag unbefristet auf die lange Bank schieben können.

Einen Vorbehalt des kommenden Programms geben die Erklärungen von Wirth und Innenminister Graf v. Helldorf vor dem Reichswirtschaftsrat.

Wirth sagte u. a.: Wir haben durch das Ja von gestern eine große Enttarnung der internen Lage herbeigeführt. Jetzt handelt es sich darum, die Folgen unseres Votums zu tragen und allmählich unsere Wirtschaft unter dieses Ja einzustellen. Das Ja darf von keiner Seite bestritten werden. Ich bin überzeugt, daß wenn es auch nur von irgendeiner Seite gestört wird, das deutsche Volk aus den schwersten inneren Auseinandersetzungen führen wird.

„Eindringung der Wirtschaft auf das Ja“ heißt weitere Klärung des Proletariats, besleitet vom schärfsten Kampf gegen die Strömungen von „irgendeiner Seite“, d. h. gegen die revolutionäre Erhebung der Arbeiter.

Der Sozialdemokrat Graf v. Helldorf erklärte: Ich habe aus meinen Erfahrungen in der vergangenen Zeit die Überzeugung gewonnen, daß der Einheitsakt, wie er durch die Reichserklärung in Weimar geschaffen worden ist, nur dann sich als ein für das deutsche Volk erwünschten kann, wenn offenkundig die Bedürfnisse und Verhältnisse der deutschen Länder gesammelt sind. Das bedeutet, daß das Reich vor den Wünschen der Verbündeten und auch weiterhin kapitalistischen wird, während gegen sozialistische Wehrheiten in Stadt und Land zur Reichsregierung geklärt wird. Daß gerade Graf v. Helldorf sich vor dem reaktionären Partikularismus herbeizusetzt, beweist welche Lakaienrolle die SPD im Reichskabinett zu spielen gedenkt.

Die SPD-Worker gegen Koalition mit der Volkspartei

Der „Vorwärts“ berichtet über eine Faktionsversammlung der SPD. Graf v. Helldorf, in der Sitzung über die Annahme des Einheitsaktes und die Regierungsbildung referierte. Der Bericht lautet: Eine Entscheidung des Parteivorstandes vor, in der ein Faktionsmitglied eingeladen wurde, der jede gemeinsame Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei ablehnt. Obwohl der Referent mit der „Vorwärts“ berichtet, diesen Faktionsmitgliedern in einem Schwere „als unwürdig bezeichnet“, wurde er in besonderer Abweisung „mit gewaltiger Mehrheit abgestimmt“. Die schließlich einstimmig gebilligte Resolution lautet in dem entscheidenden Wortlaut:

Dabei kann auch der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zum Einheitsakt und auch ihren grundsätzlichen Forderungen eine gemeinsame Regierungsbildung mit dieser Partei weder im Reich noch in Preußen für uns in Betracht kommen.

Die Konferenz ermittelte, daß die sozialdemokratische Regierungsbildung mit allem Nachdruck abzuweisen ist, daß die Koalition mit der Volkspartei nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch die Interessen der Nation gefährden würde. Bei der Abstimmung der Forderungen ist in erster Linie die Befreiung des Volkes aus dem Hunger, die Bekämpfung der Inflation bis auf die äußerste Grenze durchzuführen, und es ist dafür zu sorgen, daß die sozialistische Staatsobermacht der letzten Zeit mit allen Mitteln gebildet wird. Letztliche Durchsetzung der Verwirklichung und Reformen der Volkspartei sind hierfür ein Hindernis. Die Forderungen der Volkspartei sind für die Arbeiterklasse eine solche Gefahr, daß die gesamte Arbeiterklasse hinter der Regierung stehen wird.

Die Entscheidung, der die SPD-Fraktion des Reichstages den Forderungen der Volkspartei zustimmen sollte, ist für die deutsche Arbeiterklasse ein schwerer Schlag.

Die Forderungen, die des weitesten von der SPD-Fraktion an die Regierung gestellt werden, haben im Widerspruch zu dem Programm, das sich diese Regierung, und in ihr auch die Sozialdemokraten, gestellt haben: die Forderungen des Sozialimperialismus zu erfüllen, durch eine kurzfristige Ver-

schärfung der Arbeiterklasse, durch die Befreiung der Arbeiter von der Bourgeoisie.

Die sozialistischen Arbeiter werden, wenn sie an ihren Forderungen festhalten, bald einsehen müssen, daß ihre Durchführung nur möglich ist in stärkstem Kampfe mit der Regierung und jenen „Führern“, die, statt sich für proletarische Forderungen einzusetzen, als Palast der Stinnes und Konfidenz fungieren und deren Ziel heute die Koalition mit der Stinnespartei ist.

Die sächsischen Industriellen drohen

Aus Dresden meldet die Telegraphen-Union:

„Die Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die Generalversammlung erhebt gegen die Anträge des sächsischen Arbeitsministeriums betreffend Betriebsstilllegung und Betriebsabbruch nachdrücklichsten Einspruch. Die Vollmachten, welche in diesen Anträgen über sächsische Industriebezirke angefordert werden, können einer indirekten Sozialisierung gleich. Die Anträge des sächsischen Arbeitsministeriums würden das Gegenteil ihrer Absicht, eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit mit Sicherheit erreichen.“

Nachdem die sächsische „sozialistische“ Regierung, durch die Kommunisten gedrängt, sich endlich entschlossen hat, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, rufen ihr die Unternehmer beim ersten Schritt ein Halt zu. Sie drohen mit einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit, wenn die Regierung ihre Pläne durchzuführen versucht. Sie erklären offen, jeden solchen Versuch mit verstärkter Sabotage der Produktion beantworten zu wollen.

Die sächsische sozialistische Regierung steht jetzt vor einer neuen Probe. Sie, die soeben das Gesetz-Verbot aufgehoben hat, wird zu zeigen haben, ob sie auch in der Arbeitslosenfrage vor den Unternehmern kapitulieren will, statt gestützt auf die proletarischen Massen im Kampf gegen die Kapitalisten den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu beginnen.

Kommunistenverfolgungen auf dem Lande!

Eigenartige Praktiken scheint der Gemeindevorsteher von Tschendorf sowie das Mietsingungsamt Neuruppin zu üben. Während die Willen der Gutbesitzer und sonstiger Kapitalisten auf dem ländlichen Lande leer stehen, schikaniert man die kleinen Leute.

In Tschendorf im Kreise Ruppiner besitzt ein Handwerker, welcher sein Brot durch Anfertigen von Holzspannen und Brunnennormern erwirbt, ein kleines Häuschen, in welchem er mit seiner fünfköpfigen Familie eine Küche und zwei Stuben bewohnt. Außerdem hat der Betreffende ein einstufiges Zimmer, welches er als Werkstätte benutzte.

Im vorigen Jahre wurde im obigen Orte eine Bekanntmachung herausgegeben, die einen jeden, welcher Räume verschmiegelt, die im Hause nicht bewohnt werden, mit 1000 Mark Strafe bedroht.

Rehls glaubte auf Grund dieser Bekanntmachung auch diesen Raum abgeben zu müssen. Da er in dem Verdacht kommunistischer Untertriebe steht, mußte man ihm jemand schleunigst auf die Nase setzen. Eines Tages erscheint der Gemeindevorsteher mit Hilfe eines Schmiedes und in Gegenwart eines Gendarmen ließ er den Raum aufbrechen. Der Raum wurde renoviert und ein Mieter zog ein.

Alle Einsprüche des Besitzers beim Regierungspräsidenten, beim Mietsingungsamt in Neuruppin usw. waren fruchtlos. Das Handwerkerhaus, die Habel- und Drechselbank wurden auf den Hof geworfen und ist jetzt Wind und Wetter preisgegeben. Rehls ist arbeitslos geworden, da er keinen Raum mehr hat, in welchem er seinen Gewerbe nachgehen kann. Miets für den Raum bekommt er nicht.

So geht man gegen Kommunisten vor, obwohl die Tatsache besteht, daß in Tschendorf Wohnungen leer stehen, Zimmer wieder neue Schönheiten werden erfinden, um den Verbreitern der kommunistischen Idee auf dem Lande arbeitslos, wohnungslos und das Leben im Allgemeinen schwer zu machen.

Was aber einem Putschler und Bismarck nicht gelungen ist, wird den reaktionären Landesherren erst recht nicht gelingen. Die Landbesitzer werden diesen Praktiken zur passenden Gelegenheit die richtige Antwort erteilen.

Kommunistischer Fortschritt in Koffos

Bei der Reichstagswahl in der Neptunstadt in Koffos erzielten die Kommunisten 94 Stimmen und 6 Sitze, die Sozialdemokraten 62 Stimmen und 7 Sitze.

Redebourts Rapport aus England

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. Auch Redebour ergiebt in der „Freiheit“ die Gelegenheit etwas zu erzählen von seinen Erlebnissen in London. Redebour nahm als Vertreter der USF an dem Jahreskongreß der USF in Southport teil. Er erzählt, wie er neben dieser offiziellen Aufgabe auch außerordentlich gewissermaßen sein Scherlein zur Aufklärungsarbeit der englischen Arbeiter beitrug. Am Oster-sonntag sprach er in einer öffentlichen Versammlung in Southport und benutzte diese Gelegenheit, um einen mißdeutenden Ausbruch des Kampfes der USF gegen den heimischen Imperialismus entgegenzutreten, mit der den englischen Genossen die Bekämpfung ihrer eigenen Angos erschwert wird. Englische Freunde, die ihn in Deutschland besuchten, haben ihn nämlich gesagt:

Ihr deutschen Unabhängigen bereitet unserer Bekämpfung des britischen Imperialismus große Schwierigkeiten, wenn ihr die deutsche Regierung als Hauptschuldige an dem Weltkriege anklagt, denn unsere Angos beruhen sich auf Euch, um die Ententepolitik zu rechtfertigen, die von der Auffassung ausgeht, das deutsche Volk müsse wegen der Verschuldung seiner Regierung hart bestraft werden.

Redebour tröstete die englischen Arbeiter damit, daß auch die deutschen Imperialisten der USF die Anklagen englischer Sozialisten gegen die Kriegsschuld Englands um die Ohren hauen. So sind nun einmal die Imperialisten! Und darum gab Redebour den englischen Arbeitern den Rat, die englischen Imperialisten so zu bekämpfen, wie die USF die Deutschen. Dieser Kampf beschränkt sich nach Redebours Vorlesung auf die Niederhaltung der eigenen Gewaltpolitiker und Kriegshege.

Es ist kein Wunder, daß die Kapitalisten die Unabhängigen aller Länder für ihre imperialistische Politik gegenwärtig auspielen. Sie können es deshalb, weil die Zentralisten in allen Ländern nur mit passivem Gehorsam gegen die Kriegshege existieren, weil sie die rechte Quacksalber die Krankheit nicht mit der Wurzel ausrotten, sondern sich darauf beschränken, auf jedes ausbrechende Geschwür ein Pflasterchen zu kleben. Nicht zu hoch bloße Abwehr des am meisten ins Auge springenden imperialistischen Erlasses, der kriegerischen Verwicklung, sondern durch den Sturz der Bourgeoisie in jedem Lande, durch Bekämpfung des kapitalistischen Systems hat die Arbeiterklasse ihre gewöhnliche Aufgabe zu erfüllen. Wenn sie das tun werden sie die Zentralisten nicht den Rücken decken können. Durch Hinneigen auf ihre Rechtfertigung durch die Politik der Abwehrpolitik der „Unabhängigen“ Länder, sondern die Sozialisten müssen im Ausland sich gegen die Zentralisten und die Unabhängigen in der eigenen Partei durchsetzen und offene Sozialisterei mit der imperialistischen Bourgeoisie der Arbeiter aller Länder die Augen öffnen und sie zu weiteren revolutionären Bestrebungen anzuregen werden. Die Frage der Redebourischen Politik aber lautet: Kennenmann, geh da voran. Sie wirkt löhrend auf das eigene Proletariat und auf die Arbeiterklasse anderer Länder.

Neue Ausbreitung des englischen Streiks

Die Lage in England infolge des Streiks hat eine neue Verschärfung erfahren. Die Verände der Kohlenminen...

Parole zum Generalstreik ausgegeben werden wird. Die Zahl der Arbeitslosen auf allen Gebieten steigt sich infolge des Streiks der Bergarbeiter...

Infolge des Streiks des Personals der Dampfer mußten gestern eine große Anzahl Aristokraten, sowie hoher Beamter der Cunard-Linie den Dienst als Steuermann verrichten...

Die Niedergelassenen leben und fechten hier wie überall. Im März schritten die deutschen Kommunisten zum Sturm, der abgelehnt wurde...

Die großen Massen der übrigen englischen Proletarier erkennen jetzt, daß der Kampf der Bergarbeiter ihr eigener ist, daß deren Niederlage ihre Niederlage auf lange Zeit hinaus...

Diese Furcht ist berechtigt. Denn in Süd-Wales und in Schottland mehrten sich Streikunruhen und Zusammenstöße. Unter den Referaten...

Berurteilung eines englischen Genossen Der Sekretär der kommunistischen Sektion von London, Genosse Johnson...

Ueber den russisch-deutschen Vertrag

Ein Mitarbeiter des „Nowi Mir“ hatte anlässlich der Unterzeichnung des russisch-deutschen Friedensvertrages eine Unterredung mit dem zur Unterzeichnung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der russischen sozialistischen Sowjetrepublik...

Der russisch-deutsche Vertrag besteht eigentlich aus zwei verschiedenen Uebereinkommen. Das eine regelt die Fragen der Vertretung der beiden Länder, Abschluß von Verträgen, Schutz der Staatsangehörigen usw.

Große Bedeutung hat auch die Tatsache, daß die Konsulate ihre Tätigkeit wieder beginnen werden. Viele Zehntausende russische Staatsangehörige erhalten damit die Möglichkeit, ihr Privatleben entsprechend den russischen Gesetzen einzurichten.

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist der Vertrag äußerst wichtig, weil er die Interessen beider Länder vertritt. Die deutschen Kaufleute werden jetzt keine Furcht mehr haben, Waren nach Rußland zu exportieren...

Das zweite Uebereinkommen bezieht sich auf die schnelle Beförderung der Kriegsgefangenen, und dadurch werden wenigstens in einem Punkte die Schrecken des Weltkrieges gelindert.

Die Absichten des amerikanischen Imperialismus

Im Repräsentantenhaus in Washington spielte sich diese Tage ein interessanter Vorfall ab. Es lag dem Hause ein Antrag vor, es solle zunächst kein weiteres Geld für den Bau von Kriegsschiffen ausgegeben werden...

Die Kommunisten Elßaß-Lothringens gegen den Krieg

Die sozialistische Partei Frankreichs (Sektion der kommunistischen Internationalen) veröffentlicht folgenden Aufruf: An die Arbeiterklasse von Elßaß-Lothringen!

Die diesjährige Wadendemonstration hat zwar mit aller Deutlichkeit den Friedenswillen des Proletariats gezeigt, jedoch muß der Protest gegen den Krieg allerorts im Lande laut erhoben werden.

Unbeflümmelt, wie unsere Aktion gerade in unserem Lande gedeutet wird, rufen wir laut: „Es gibt kein höheres Interesse als die Rettung von Menschenleben!“

Mag die Bourgeoisie ihre staatlichen Hilfsmittel gegen den Friedenswillen der Arbeiterklasse anwenden, sie wird nicht verhindern können, daß die Revolution dem Kriege folgen wird.

Gründung der kommunistischen Partei Spaniens

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat der linke Flügel der sozialistischen Partei Spaniens im Anschluß an den letzten Parteitag den formellen Austritt aus der Partei erklärt...

Gewerkschaftliches

Das Afschleppen der Amsterdamer gegen die Kommunisten im D.M.W.

Die Arbeiterschaft aller Berufe und ganz besonders die in der Metallindustrie steht vor ungeheuren Kämpfen, wenn sie das Vorhaben der Kapitalistenklasse, die ganze Last der Sanktionen der Arbeiterschaft aufzubürden, abwenden will.

Doch wir sehen das Gegenteil. Wie in fast allen größeren Verbänden, so hat auch der Vorstand des D.M.W. und seine getreuen Kreaturen jetzt nichts wichtigeres zu tun, als eine verführte Kommunistenhege zu betreiben...

Gegen 11 Mitglieder des D.M.W. der Verwaltungsstelle Op-laden ist das Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil sie aus den Mitteln der Arbeiterklasse den durch die Aussperrung in den Levertuener Farbwerken in die äußerste Not gerathenen Arbeitern Unterstützung gewährten.

Als Strohmann für die Unterzeichnung der Ausschlußanträge benützte hinter einen gewissen Hadscheid, dessen Charakter wohl am besten dadurch gekennzeichnet wird, daß er selbst die „statutenwidrige“ Unterstützung widerspruchslos eintrug und zur Seite...

Bei der Beerdigung

Siebenzehn Opfer der Sipo! — Die schwarzen Särgen standen in starrer Parade, im schweren Duft stehender Blumen, überdeckt von muthigen Kränzen mit breiten Schleifen, auf denen große Worte prangten.

Ein großer feierlicher Moment! Siebzehn heiße Arbeiterherzen mit einem kalten Eisen zerfehen, auf einen Schlag in ein paar Minuten siebzehn Helden löten — siebzehn flammende Rebellen vor unsere Füße strecken — wer könnte an dem Ungeheuren einer solchen Tat rubig vorübergehen?

In den siebzehn aufgereihten Bahnen standen glühenden Auges die beiden Heerlager. Die, die getötet hatten — leidenschaftlich bemüht mit prunkendem Tuch und silbernen Fransen das schreiende Blut zu verdecken, und die, deren schwere Hand zitternd um den Schaft der roten Fahne sich preschte wie um die starre Hand der Getöteten.

Lebend, mühsam die Leidenhaftigkeit des Kampfes unterdrückend, standen die unverföhnlichen Feinde sich gegenüber. Nicht den Tod feierte man — das Leben selbst, den Kampf, die Unsterblichkeit!

Die Reden schlugen wie Peitschenschläge in die Luft, sie dröhnten wie Schlachten Donner. Auf den wech belaubten Birkenzweigen schwiegen erschrocken die Finken — der Wind strich mit einer wehmütigen Geste über die glühenden Gesichter.

Da — ein störender Zwischenfall: Ein halbwüchsiger Knabe in schlecht sitzendem Anzug will den feierlichen Halbkreis durchbrechen; ein Friedensdiener in Gala wirft ihn zurück gegen einen Sarg; der Junge weint auf und trocknet das Blut von seinem zerschundenen Gesicht.

Die Seinen! Ein Häufchen Unglück! Ein älteres Frauchen, wie selbst noch ein Kind — ein halbwüchsiges Dienstmädchen mit roten Händen, zwei Kleine — sie haben alle nur eine schwarze Schleife im Haar oder auf dem Kleid — zu mehr Trauergarderobe hat es nicht gereicht.

Wie — der Vater da in dem großen Sarg? Der bescheidene und schweigende Vater inmitten einer so großen Parade?

Sie ducken sich förmlich unter dem fremden Kranz, von dem sie nichts verstehen — starrten lautlos in ihre abstrusen Tücher; hilflos und besämt, daß sie unter all dem großen Leuten keine Haltung bewahren können, beschämt, daß der Junge auch noch ein Aufsehen machen mußte; erschreckt von den großen leidenschaftlichen Worten der Redner.

Zum ersten Male in ihrem Leben steht das Frauchen mit seinem kleinen Wölklein im Mittelpunkt. Daß der Vater tot ist — eine Arbeiterfrau rechnet immer damit, sich einmal ohne Ernährer durchhelfen zu müssen. Eine Hiede beim Kasttragen kann ihn erschlagen, ein Treibriemen über zu Tode führen — so viele ster-

ben in der Arbeit! Oder ein sonstiges erbarmungsloses Geschick nimmt ihn hinweg. Ein Mann, ein Glück, ein Gehacktein — davon weiß eine Arbeiterfrau wenig.

Man arbeitet und hungert gemeinsam und streckt einmal zufrieden wie zum Schlafen die Glieder im Tod. Daß der Vater nun so großartig gestorben ist? — Die kleine Frau mit den halberlöschten Augen ist nicht mehr so ein ganz kleines zufälliges Häufchen Unglück.

Vor sie und ihr unbeschütztes Wölklein hat sich schühend die Brüderlichkeit gestellt. Aus vielen fremden Augen flossen Tränen um den schweißigen bescheidenen Vater.

Selt kleines armes Leben hat er in die große warme Bend des Proletariats gelegt. Und dies großherzige, dies heldenhafte, dies unsterbliche Proletariat — mit wehenden Locken und flammenden Augen, mit chernem Munde steht es an der Bahre des armen kleinen Proleten.

Schwefel, die andere Arbeiterfrauen — mit zitternden Lippen grüßen sie die Frau des Selben, der für die große Sache fiel! Sie bieten ihre arbeitsbarte Hand der Niedergeborenen — Die kleine Frau stand mit ihrem Wölklein nicht mehr am Sarge ihres Mannes, ihres Vaters. Allen ist er gestorben, alle fühlen, daß sein Tod gerächt werden muß — alle lieben das kleine verlassene Häuflein seiner Kinder und wollen ihm helfen, sich durchzuschlagen.

Von der großen Stunde seines Todes an ist er nicht mehr der unbeachtete kleine Prolet, dessen Leben und Sterben lautlos dahingehet. Eine große Liebe war an den Särgen der siebzehn teuren Toten.

Ein großes Erbarmen über alle, die verlassen und vereinsamt weinen. Wie Brüder und Kameraden fallen Genossen auf der Strafe.

Und die Witwen und Waisen sind nicht ihre allein, sie sind auch unsere Witwen und Waisen.

